

Richter lässt neu rechnen

Verfahren um Trianel-Kraftwerk: OVG verlangt zusätzliche Daten zu Schadstoffen

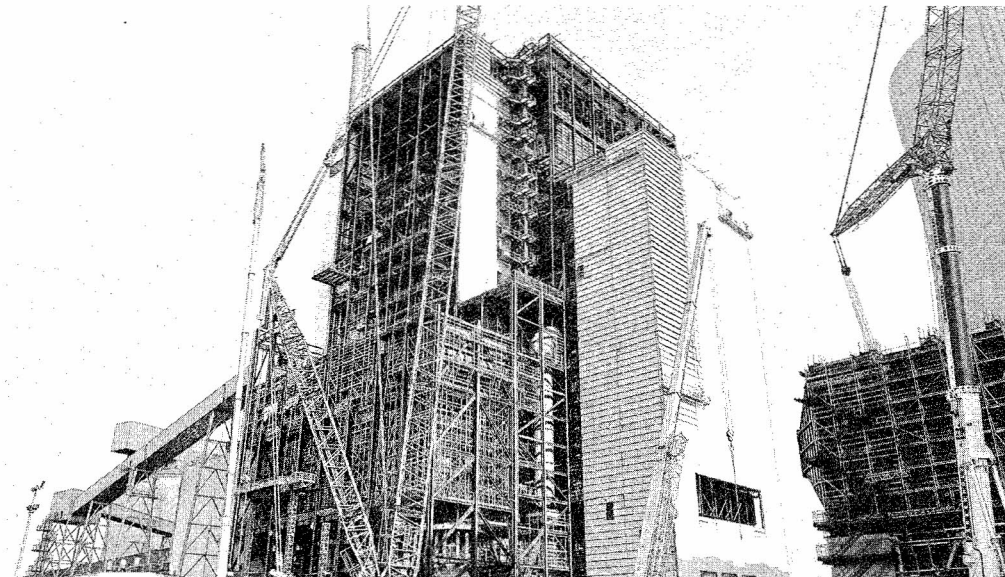
RN 16.11.11.

MÜNSTER/LÜNEN. Ein Jurist verteilt Rechenaufgaben: Max-Jürgen Seibert, Vorsitzender Richter des 8. Senats am Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster, will sich im Verfahren um das Trianel-Kraftwerk in Lünen auf eine breitere Datenbasis stützen können.

Deshalb bekamen die streitenden Parteien gestern Abend, am Ende des ersten Verhandlungstages, „Hausaufgaben“: Die Gutachter sollen die Auswirkungen auf die sensiblen Fauna-Flora-Habitat-Gebiete in der Umgebung des Kraftwerks überschlägig neu berechnen – unter aus Sicht von Trianel ungünstigeren Annahmen. Es geht unter anderem darum, mit welcher Geschwindigkeit sich Schadstoffe ausbreiten. Davon hängt ab, wo und mit welcher Intensität sie niedergehen. „Ein Punkt, der Streitentscheidend sein könnte“, so Seibert.

Weitere Anlagen

Er ließ keinen Zweifel daran, dass weitere Kraftwerks-Projekte der Region in die Berechnungen zur Schadstoffbelastung einzubeziehen sind. Nur welche? Datteln ist im Bau, aber einstweilen juristisch gestoppt. Für Herne 5 liegt eine Genehmigung vor, doch bei der Steag sind keine Bauabsichten erkennbar. Unterdessen laufen die Altanlagen weiter. „Wann ist ein Projekt ein Projekt?“ Darüber wurde vor dem OVG debattiert.



Seit Sommer 2008 wird am Kraftwerk in Lünen gebaut. 2013 soll es ans Netz gehen.

Foto Trianel

Die Folgen für die FFH-Gebiete könnten aus Sicht des Gerichts ein Problem sein, der allgemeine Schadstoff-Ausstoß des Trianel-Kraftwerks ist es wohl nicht (mehr), nachdem das Unternehmen zugesichert hatte, die Umwelt-Belastungen deutlich zu reduzieren. Die zu erwartende zusätzliche Luftbelastung liege jetzt bei unter 1 Prozent, die gesetzliche Irrelevanzschwelle bei 3 Prozent, erläuterte Richter Seibert.

Trianel führt den Fortschritt auf die konkrete technische Spezifizierung der Kraftwerksanlagen zurück, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht sie eher als Folge des Drucks, den man durch die

Klage aufgebaut habe. Gestern im Verfahren verpflichtete sich Trianel noch zu Messungen der Schwermetall-Emissionen aus dem Kraftwerk viermal jährlich, um zu überprüfen, ob die Prognosen der Realität entsprechen.

Das Verfahren ist ein Präzedenz-Fall im deutschen Umweltrecht. Die Klage führte zur Grundsatz-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg, wonach deutschen Umweltverbänden ein vollumfängliches Klagerecht gegen Großprojekte wie Kraftwerke zusteht. Richter Max-Jürgen Seibert nannte die neue Rechtslage einen „epochalen Meilenstein“. Die Verbände könnten nun als Anwalt der Umwelt auftreten.

Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Peter Fiedler

Wirkungsgrad von mehr als 45 Prozent

Das Kraftwerk soll bis zu 1,6 Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Sein Wirkungsgrad liegt bei mehr als 45 Prozent und gilt im Vergleich als besonders effizient. Betreiber ist ein Konsortium aus 31 Stadtwerken und Regionalversorgern vor allem aus NRW. Lünen ist das erste Kohlekraftwerk, das von kommunalen Unternehmen finanziert wurde. 1,4 Milliarden Euro werden investiert.